



Rede von Marlehn Thieme aus Anlass der Vorstellung des
Jahresberichts 2018 der Welthungerhilfe am 26.6.2019 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie heute sehr herzlich hier in Berlin. Es ist meine erste Pressekonferenz als Präsidentin der Welthungerhilfe. In meiner Funktion als Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung habe ich vor kurzem dafür plädiert, dass die neue Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung Lösungen schaffen und das Erreichen von Zielen liefern muss. Mit der Vorstellung des Jahresberichts 2018 zeigen wir unseren Beitrag für unser Ziel: eine Welt ohne Hunger. 2018 hat die Welthungerhilfe gemeinsam mit 10,5 Millionen Menschen konkrete Lösungen entwickelt, um ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern und eine eigene ausreichende Existenzgrundlage zu schaffen. Dafür brauchen wir gute Partner wie die Bundesregierung, die mit 90,4 Mio Euro unser größter öffentlicher Geber war. Das BMZ hat daran den größten Anteil mit 38,6 Mio Euro. Für diese Unterstützung auf dem Weg in eine Welt ohne Hunger möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit bleibt Afrika. 6,5 Millionen Menschen haben wir in 19 Ländern unterstützt. Die Länder mit der höchsten Förderung sind Burundi, Liberia, die Zentralafrikanische Republik und Simbabwe. In Afrika werden auch die Folgen des Klimawandels besonders stark zu spüren sein. Die Daten sind alarmierend: die Zahl der Hungernden ist in den letzten Jahren wieder angestiegen – aktuell auf 821 Millionen Menschen weltweit. 2017 konnten sich etwa 39 Millionen Menschen aufgrund von Klimaereignissen nicht mehr ausreichend ernähren.

Die fatale Verbindung zwischen Klimawandel und Welternährung spüren wir als Welthungerhilfe zunehmend in unserer Arbeit. Der Zyklon Idai hat vor drei Monaten in Mosambik, Malawi und Zimbabwe nicht nur Häuser, Schulen und Straßen zerstört,

sondern vor allem Felder und damit die Ernten für die kommenden Monate vernichtet. So verschärfte sich die ohnehin schlechte Ernährungslage. Auch aus anderen Ländern kennen wir den Teufelskreis von Dürren, Abholzung, Überschwemmungen und als Folge Unter- und Mangelernährung. Die Wissenschaftler prognostizieren in den kommenden Jahrzehnten drastische Ernterückgänge, die Ausdehnung von Trockengebieten und abnehmende Fischbestände. Alles eine Folge des weltweiten Anstiegs der Temperaturen. Präventionsmaßnahmen spielen daher eine wichtige Rolle. Frühwarnsysteme, Wetterversicherungen, dürreresistentes Saatgut und innovative Anbaumethoden können Gesellschaften widerstandsfähiger machen. Das können die betroffenen Länder nicht allein bewältigen, sie brauchen finanzielle und logistische Unterstützung der Länder, die die Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen.

Die Folgen des Klimawandels treffen weltweit am stärksten die Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten dafür verantwortlich sind. Zugespitzt ausgedrückt: Die Ärmsten des Südens tragen die Hauptlast eines Problems, das die reichen Länder des Nordens ausgelöst haben. Sie verfügen kaum über Ressourcen, um Notlagen vorzubeugen oder sie zu kompensieren. Klimawandel ist daher heute vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Wir müssen aktiv dazu beitragen, die wachsende Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Ländern des Nordens und des Südens zu reduzieren. Klimagerechtigkeit funktioniert nur, wenn in allen Bereichen, also in Politik und Wirtschaft, aktiv und grundlegend umgesteuert wird. Das erfordert Mut zur Veränderung.

Für die Regierungen in unseren Partnerländern bedeutet dies, dass Verträge für Landnutzung und der Abbau von Rohstoffen den Bedürfnissen der vor Ort lebenden

Bevölkerungsgruppen gerecht werden müssen. Die Wahrung der Menschenrechte muss die Richtschnur ihres Handels sein. Der Anbau von Energiepflanzen für Industrieländer darf nicht das Recht auf Nahrung der Menschen konterkarieren und zur Vertreibung von Menschen führen.

Deutschland gehört derzeit zu den zehn weltweit größten „landimportierenden“ Staaten. 22 Mio Hektar Ackerland müssen für unseren Konsum bewirtschaftet werden. Davon werden nur 12 Mio Hektar durch die Produktion im eigenen Land gedeckt. Den Rest müssen Flächen im Ausland bereitstellen. So beziehen wir Futtermittel aus Brasilien und Argentinien und Palmöl aus Indonesien, Malaysia und Papua-Neuguinea. Unser Konsumverhalten hat einen hohen Preis und beansprucht Flächen, die nicht mehr für die Versorgung der lokalen Bevölkerung zur Verfügung stehen. In einem unserer Projekte in Sierra Leone haben wir erlebt, wie der Anbau von Palmölplantagen für den Export Kleinbauern von ihrem Land vertrieben und die Ernährung der Familien gefährdet hat.

Hunger darf nicht die Folge unseres Konsums und unserer Politik sein. Die Einhaltung des Menschenrechts auf Nahrung sollte verbindlicher Bestandteil von Nachhaltigkeitsstrategien sein. Die Welthungerhilfe arbeitet mit Partnern an der Einführung eines Food Security Standards, eine Art Label für die Ernährungssicherung, mit dem die langfristigen Folgen von landwirtschaftlichen Produktionen abgeschätzt werden können. Damit könnte überprüft werden, ob etwa der Aufbau einer Palmölplantage die Ernährung der Familien, die dort leben, gefährdet.

Die Unterstützung und Stärkung der Menschen, die vom Klimawandel besonders hart getroffen werden, braucht Rahmenbedingungen, aber vor allem auch Geld. In diesem

Zusammenhang kommt dem Haushalt des BMZ eine besondere Bedeutung zu. Der Koalitionsvertrag ist eindeutig: die Ausgaben für Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit sollen im gleichen Verhältnis steigen. Wir fordern, dass die Bundesregierung diese klare Zusage einhält. Doch die aktuellen Zahlen zeigen in eine andere Richtung. Laut Kabinettsbeschluss zu Eckwerten des Bundeshaushalts für 2020 (20.3.2019) bleiben die Mittel für das BMZ mit 10,25 Mrd. EUR auf dem Niveau von 2019. Der Verteidigungsetat soll hingegen 2020 um etwa 2 Mrd. EUR steigen. Das steht in klarem Widerspruch zu Wort und Willen des Koalitionsvertrages.

Die „Fridays for Future“-Bewegung hat gezeigt, dass sehr viele Menschen in aller Welt die Kraft und den Willen haben, den Klimawandel aktiv zu bekämpfen. Die Politik hat dies erkannt und wir haben auch die Ressourcen und Möglichkeiten dazu. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Welternährung sind veränderbar. Eine Welt ohne Hunger bis 2030 ist möglich. Wir haben genug Ressourcen, auch die wachsende Weltbevölkerung nachhaltig und gesund zu ernähren. Aber es geht nicht auf die gleiche Weise wie bisher. Die Welthungerhilfe wird auch mit Hilfe ihrer zahlreichen Spender und Spenderinnen dazu beitragen, dass Menschen die notwendige Hilfe zur Selbsthilfe erhalten.

Wir fordern die internationale Staatengemeinschaft auf, beim G20 Gipfel am Ende der Woche in Osaka ebenfalls Mut zu Veränderung zu zeigen. Der jüngste SDG Report von UN und Bertelsmann Stiftung hat gezeigt, dass der Konsum und Lebensstandard der Industrieländer ökologische und wirtschaftliche Kosten verursachen. Auch beim EU Gipfel gab es keinen Konsens für eine klimagerechte Politik. Wir brauchen endlich Taten.